

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 29. JANUAR 2020



## ANTRAG **BREMEN BEKOMMT ENQUETE-KOMMISSION FÜR KLIMASCHUTZSTRATEGIE**

**Die Bürgerschaft hat heute erstmals in ihrer Geschichte eine Enquete-Kommission eingesetzt. Einen entsprechenden Antrag hatten alle Fraktionen gemeinsam eingebracht. Aufgabe der Kommission soll es sein, eine Klimaschutzstrategie für das Land Bremen zu entwickeln. Für die SPD-Fraktion machte ihr umweltpolitischer Sprecher, Arno Gottschalk, deutlich: „Die Aufgabe der Enquete-Kommission muss konsequent auf die Praxis ausgerichtet sein. Sie muss die bestmöglichen Wege aufzeigen und sie muss beschreiben, wie diese ausgestaltet werden können.“**

Novum in Bremen: Die Bürgerschaft hat heute erstmals in ihrer Geschichte eine Enquete-Kommission eingesetzt. Dabei handelt es sich um ein parlamentarisches Gremium, das sich mit einem bestimmten Sachkomplex auseinander setzen soll, und dem neben Abgeordneten auch Sachverständige angehören.



Arno Gottschalk

Nach dem heutigen Beschluss wird sie sich mit einer „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ befassen. Ihr werden neun Abgeordnete – davon zwei aus der SPD-Fraktion – und ebenso viele stellvertretende

parlamentarische Mitglieder sowie neun Sachverständige angehören.

„Radikalität in der Zielbeschreibung haben wir genug“, zitierte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, in seiner Rede den Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur, „Was fehlt, ist die Konsequenz bei der Umsetzung – und Mut und Kreativität bei der Ausgestaltung der bestmöglichen Wege.“

Dabei, so Gottschalk weiter, könne die Kommission einen wichtigen Beitrag leisten. Und Bremen stehe vor großen Herausforderungen. „Wir haben uns sehr ambitionierte Ziele in der bremischen Klimapolitik gesetzt“, erklärte der Sozialdemokrat. „Aber das haben wir schon einmal getan: Bis 2020 wollten wir eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 40 Prozent errei-

chen. Dieses Ziel haben wir deutlich verfehlt – und das darf uns nicht noch einmal passieren.“

Die Aufgabe der Enquete-Kommission müsse daher auf die Praxis ausgerichtet sein. Sie müsse bestmögliche Wege aufzeigen und beschreiben, wie diese ausgestaltet werden könnten. Für Gottschalk müssten bei dieser Ausgestaltung vier Dimensionen besonders berücksichtigt werden: „Die Wege und Maßnahmen müssen ökologisch effektiv und wirksam sein. Sie müssen ökonomisch tragfähig und nachhaltig sein. Sie müssen sozial gerecht und einfühlsam sein. Und sie müssen politisch mutig und geradlinig sein.“

> **Antrag: Klimaschutzstrategie für Bremen: Enquete-Kommission einsetzen**  
[bit.ly/enquete\\_klima](http://bit.ly/enquete_klima)

## ANTRAG **KINDGERECHTES LEBEN IN FLÜCHTLINGSLAGERN IN GRIECHENLAND!**

**Die Bürgerschaft hat heute die teils katastrophalen Zustände in den Flüchtlingslagern, sogenannten EU-Hotspots, auf mehreren griechischen Inseln verurteilt. Sie beschloss einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, in dem sie unter anderem die EU, den Bund und die Bundesländer in der Pflicht sieht, diesen Zuständen ein Ende zu setzen. Bremen selbst soll mindestens 20 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland aufnehmen.**

Mehr als 42.000 Menschen leben in den EU-Hotspots auf den griechischen Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos – in Lagern, die für nicht mehr als 9.500 Personen ausgestattet sind. Dementsprechend katastrophal sind die Bedingungen vor Ort, und diese Situation ist seit Jahren Gegenstand scharfer Kritik. Sie ist unzumutbar für alle Betroffenen, besonders verletzlich sind hier jedoch allein reisende Frauen, Menschen mit Behinderung, Kranke und Kinder.

So leben allein 5.300 unbegleitete, minderjährige Geflüchtete in Griechenland – obwohl es nach Angaben der Europäischen Kommission nur 2.200 Unterbringungsplätze gibt. Die Folge: Laut aktuellen Schätzungen leben 1.000 von ihnen



Jasmina Heritani

auf der Straße und fast 2.000 weitere in den EU-Hotspots – ohne Bildung und angemessene Betreuung.

Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, in dem sie unter anderem betont, dass sie die Lebensbedingungen in den Hotspots für weiterhin untragbar und für unvereinbar mit den Menschenrechten hält. Sie sieht die EU, den Bund und die Bundesländer in der Pflicht, diesen Zuständen ein Ende zu setzen und betont, dass das aktuelle Verteilungssystem für Geflüchtete innerhalb der EU ungerecht, ineffektiv und unsolidarisch sei.

Bremen soll daher ganz konkret tätig werden. So erklärt das Parlament die Bereitschaft Bremens, mindestens 20 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Bremen aufzunehmen. Der Senat wird aufgefordert, sich beim Bundesinnenministerium für eine entsprechende Genehmigung einzusetzen. Zudem soll er weiterhin die Bundesratsinitiative von

Thüringen und Berlin unterstützen, die eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes mit dem Ziel anstrebt, dass eine Landesaufnahme rechtlich vereinfacht wird. Und schließlich soll er sich im Bund und auf europäischer Ebene dafür stark machen, dass das UN-Flüchtlingshilfswerk so ausgestattet wird, dass die Situation in den Hotspots verbessert werden kann.

„Wir müssen kurzfristig junge Menschen, die vollkommen auf sich gestellt sind, aufnehmen, um ihnen ein kindgerechtes Leben in Bremen zu ermöglichen. Diese Jugendlichen sind noch Kinder!“, betonte die SPD-Abgeordnete Jasmina Heritani und fügte an: „Es darf nicht sein, dass Menschen wenige Kilometer von uns entfernt sterben, weil sie nicht medizinisch versorgt werden.“

> **Antrag: Unbegleiteten Minderjährigen aus den Flüchtlingslagern in Griechenland ein kindgerechtes Leben ermöglichen**  
[bit.ly/griechenland\\_hotspots](https://bit.ly/griechenland_hotspots)